

Brandenburg beschleunigt Wohnungsbau: Ein neues Gesetz gegen Bürokratie!

Brandenburg plant schnellere Baugenehmigungen zur Förderung von Wohnraum. Minister Tabbert kündigt wichtige Änderungen an.



Berlin, Deutschland - Brandenburg setzt sich zum Ziel, die Bautätigkeit erheblich zu fördern und durch schnellere Genehmigungen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voranzutreiben. Infrastrukturminister Detlef Tabbert (BSW) hat angekündigt, dass im Rahmen einer Reform der Bauordnung Änderungen umgesetzt werden sollen, um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der Landtag spricht sich klar für einfachere und schnellere Baugenehmigungsverfahren aus, und das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein, wie **rbb24** berichtet.

Eine der Kernmaßnahmen sieht vor, dass die Bauverwaltung die Vollständigkeit eingereichter Unterlagen innerhalb von vier Wochen prüfen muss. Sollte innerhalb drei Monaten keine Rückmeldung auf einen Antrag erfolgen, wird dieser automatisch als genehmigt betrachtet. Die Initiative zielt auch darauf ab, den Bau von Schulen und Kitas durch serielle Bauweisen zu erleichtern und die Schaffung von Wohnraum in bestehenden Gebäuden unbürokratisch zu gestalten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Reduzierung der Bürokratie, was Minister Tabbert zufolge zu geringeren Baukosten führen soll.

Reform der Bauordnung und Bedenken

Es wird ebenfalls angestrebt, Widerspruchsverfahren zu beschränken, insbesondere im Bereich des Artenschutzes. Die Politiker der AfD äußern Bedenken hinsichtlich eines möglichen Personalmangels in den Bauverwaltungen, während die CDU sich zwar offen für die Vorschläge zeigt, jedoch gleichzeitig mehr Mut einfordert, um die Probleme im Wohnungsbau effektiv anzugehen. Diese Reformen in Brandenburg sind Teil eines größeren Trends, da die Bundesregierung ebenfalls plant, die Genehmigungsprozesse durch den Verzicht auf detaillierte Bebauungspläne zu beschleunigen.

Parallel zur Brandenburger Initiative hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung beschlossen, was eine umfassendere Modernisierung des Baugesetzbuchs (BauGB) zur Folge hat. Dieser Schritt, wie **BMWSB** informiert, soll die Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland beschleunigen und damit die Stadtentwicklung fördern.

Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung

Der Gesetzentwurf umfasst zahlreiche Anpassungen, die bereits in dieser Legislaturperiode erfolgt sind. Dazu gehören unter anderem der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien,

die Förderung der Digitalisierung und die Straffung von Beteiligungsprozessen. Zu den wichtigsten Vorteilen der Novelle zählen eine erleichterte Wohnraumschaffung sowie der Stärkung des Verdrängungsschutzes für Mieter. Zudem wurde der Bau-Turbo eingeführt, der in angespannten Wohnungsmärkten schnelleren Wohnungsbau ermöglichen soll, ohne dass gesonderte Bebauungspläne erforderlich sind.

Diese Regelung wurde bis 2027 verlängert, was den Kommunen helfen soll, die drängenden Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt proaktiv anzugehen. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Stärkung von Klimaschutz und Klimaanpassung im Baubereich eingeführt. Kommunen können nun dezentrale Versickerungsanlagen und Gründächer anordnen, um die ökologischen Herausforderungen mit in die Planung einzubeziehen.

Brandenburg und die Bundesregierung machen damit einen wichtigen Schritt in Richtung einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Stadtentwicklung, die in der Lage ist, auf die Bedürfnisse der Bürger zu reagieren und gleichzeitig ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.bmwsb.bund.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net